

LaG - Magazin

Geschichte der Entschädigung

ehemaliger Zwangsarbeiter/innen im NS

11/2014

12. November 2014

Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

Von der Bewältigung der Vergangenheit zur Kultur der Erinnerung. Geschichte der Aufarbeitung der NS-Zwangsarbeit.....	5
Der Denkort Bunker Valentin in Bremen. Späte Auseinandersetzung mit NS-Zwangsarbeit.....	12
Von der lokalen Initiative zur überregionalen Institution: Das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide.....	15
Internationaler Austausch über NS-Zwangsarbeit per Mailing Liste.....	18

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Handreichung: »Ich hätte nicht geglaubt, noch einmal hierher zu kommen.«.....	21
Zwangsarbeit 1939-1945. Zeitzeugen-Interviews für den Unterricht – DVD und Lehrerheft.....	23

Empfehlung Web

Gesichter der Zwangsarbeit.....	25
Norbert Wollheim, Buna-Monowitz und der Kampf um Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter/innen.....	27

Empfehlung Fachbuch

Die Zwangsarbeiterentschädigung als „Selbstaussöhnung der Deutschen“ - Rezension zu Henning Borggräfes Studie.....	29
Verweigerte Rückkehr. Erfahrungen nach dem Judenmord.....	31

Empfehlung Lernort

Die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig.....	34
Das (kirchliche) Zwangsarbeiterlager an der Berliner Hermannstraße.....	36

Liebe Leserinnen und Leser,

wir begrüßen Sie zur aktuellen Ausgabe unseres LaG-Magazins. Im Mittelpunkt steht dieses Mal die Auseinandersetzung mit der Entschädigungsgeschichte ehemaliger NS-Zwangsarbeiter/innen. In diesen Komplex gehören auch die, erst spät als Gedenk- und Erinnerungsorte eingerichteten Stätten wie der ehemalige U-Bootbunker Valentin in Bremen oder das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide und andere, aber auch das politische Engagement von Initiativen, die häufig genug ausschlaggebend dafür waren, dass die Auseinandersetzung mit NS-Zwangsarbeit und um deren Entschädigung überhaupt stattfand.

Die Entschädigungsgeschichte der NS-Zwangsarbeit thematisiert *Martin Bock*. Aus der gesellschaftlich relativ geringen Resonanz auf das Thema und am Schicksal der Zwangsarbeiter/innen ergeben sich Fragen an die Bildungsarbeit.

Die späte Auseinandersetzung mit der Geschichte, die als verbunkerte U-Boot-Werft geplante Bauruine „Bunker Valentin“ in Bremen, und die aktuellen Bildungsangebote am historischen Ort sind die Themen des Beitrages von *Christel Trouvé*.

Christine Glauning betrachtet die Entwicklung rund um das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide von einer bürgerschaftlichen Initiative hin zu einer überregional arbeitenden

Institution, die weiterhin um eine adäquate Finanzierung ihrer Arbeit kämpfen muss.

In den Mittelpunkt seines Essays stellt *Bernhard Bremberger* den Austausch und die Erfahrungen mit der internationalen Mailingliste NS-Zwangsarbeit als Medium der Koordination von Forschung, Information und Aktivismus.

In eigener Sache

Wir möchten Sie auf unser kommendes Webseminar aufmerksam machen:

Das Webinar mit Petra Tabarelli zu „Geschichtsvermittlung mit neuen Medien – die Reichspogromnacht auf twitter“ bietet die Möglichkeit Chancen, Potentiale, Risiken und Limitierungen der Geschichtsvermittlung mit neuen Medien zu diskutieren. Es findet am 27.11.2014 ebenfalls ab 17.00 Uhr statt.

Auch auf unseren laufenden Call for Papers zur Tagung #erinnern kontrovers möchten wir noch einmal hinweisen. Zu vertiefenden Informationen führen Sie die jeweiligen Links.

Das nächste LaG-Magazin erscheint am 17. Dezember und trägt die Überschrift „Bytes und Bits in der Geschichtsdidaktik“.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre.

Ihre LaG-Redaktion

Von der Bewältigung der Vergangenheit zur Kultur der Erinnerung. Geschichte der Aufarbeitung der NS-Zwangsarbeit

Von Martin Bock

Die Zwangsarbeit von über 20 Millionen Menschen ist das wohl zahlenmäßig größte Massenverbrechen der Zeit des Nationalsozialismus. Das Schicksal der Zwangsarbeit konnte alle Bevölkerungsschichten in den besetzten Gebieten wie im Deutschen Reich treffen. Zeitweilig waren bis zu einem Drittel aller im Deutschen Reich Arbeitenden hierher zwangsweise deportiert worden. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern waren im Stadtbild sichtbar. Und doch stieß ihr Schicksal und das Thema der nationalsozialistischen Zwangsarbeit, verglichen mit anderen NS-Verbrechen, in der Öffentlichkeit auf weniger Resonanz. Warum war oder ist das so und welche Schlussfolgerungen sollten wir, auch im Hinblick auf die historisch-politische Bildung, daraus ziehen?

Kriegsende und Nachkriegszeit

Mit dem nahenden Kriegsende befand sich das System der Zwangsarbeit in Auflösung. Die Arbeit kam zum Erliegen, die Bewachung und Inhaftierung wurde in vielen Fällen eingestellt. Und mit dem Eintreffen der Alliierten wurden aus den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern „Displaced Persons“. Sie wurden in der Folge eine ordnungspolitische Herausforderung vor allem für die UNRRA (United Nations Relief

and Rehabilitation Administration), deren Aufgabe es war, die Rückführung in die Heimatländer bzw. die Betreuung der DP's zu übernehmen.

Zurück in ihren Heimatländern, stieß ihr Schicksal, so sie es denn preisgaben, in vielen Ländern auf Skepsis und Misstrauen. In der Sowjetunion standen sie unter dem Generalverdacht der Kollaboration und auch in westlichen Ländern waren Patriotismus und Widerstand das dominierende Narrativ. Hinzu kam, dass die von der Zwangsarbeit Zurückkehrenden in der Regel jünger waren, als politisch oder aus rassistischen Gründen Verfolgte. Für viele lag es näher, eine unterbrochene Ausbildung zu absolvieren, und eine neue Existenz aufzubauen und Familie zu gründen. Anders als politisch Verfolgte verfügten sie nicht über politische Erfahrung. Es fehlten folglich Opfervertreter/innen, die sich für die Interessen und Entschädigungsforderungen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter einsetzten.

Reparation vor individueller Entschädigung

Die amerikanische Militärverwaltung erließ 1949 ein Entschädigungsgesetz, das diejenigen Opfer berücksichtigt, die wegen politischer Gegnerschaft zum NS-Regime, wegen ihrer „Rasse“ oder ihres Glaubens verfolgt worden waren. Die Kriterien wurden zudem an Wohnsitzklauseln geknüpft. Unberücksichtigt blieben diejenigen, die als Kriegsgefangene oder Zivilisten Zwangsarbeit leisten mussten. Es wurde davon

ausgegangen, dass diese Personenkreise im Rahmen späterer Reparationsverhandlungen berücksichtigt würden.

Im Londoner Schuldenabkommen im Februar 1953 wurde dann aber in Artikel 5, Abs. 2 festgehalten, dass „eine Prüfung der aus dem Zweiten Weltkriege herrührenden Forderungen von Staaten, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden oder deren Gebiet von Deutschland besetzt war, und von Staatsangehörigen dieser Staaten gegen das Reich und im Auftrage des Reichs handelnde Stellen oder Personen ... bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt“ wird. Die Bundesregierung legte diesen Absatz so aus, dass die Begleichung individueller Forderungen erst nach einem Friedensabkommen erfolgen sollte. Sie vertrat überdies die Auffassung, dass der kriegsbedingte Einsatz von Einwohnern besetzter Gebiete und von Kriegsgefangenen eine kriegsbedingte Begleiterscheinung sei und kein NS-typisches Unrecht.

Das im gleichen Jahr verabschiedete Bundesentschädigungsgesetz (BEG) schloss gleichfalls durch die Definition der Verfolgungsgründe und Wohnsitzbestimmungen die Ansprüche ehemaliger Zwangsarbeiter insbesondere aus Osteuropa aus. Anerkannte NS-Verfolgte, die in Konzentrationslagern, Ghettos und Gefängnissen zur Arbeit gezwungen worden waren, erhielten keine Entschädigung für die geleistete Arbeit, sondern für die Inhaftierung und etwaige Gesundheitsschäden.

Im Jahr 1950 bereits hatte Norbert Wollheim die Firma IG Farben auf Auszahlung

des vorenthaltenen Lohnes als jüdischer KZ-Häftling bei den Buna-Werken in Auschwitz verklagt. Wollheim bekam 1953 Recht und 10.000 DM zugesprochen. Nachdem die IG Farben Widerspruch eingelegt hatte, endete das Verfahren schließlich 1955 mit einem Vergleich, indem sich die IG Farben verpflichtete, 30 Millionen DM an Überlebende der IG Farben Auschwitz zu zahlen. Drei Millionen DM sollten für nichtjüdische Häftlinge bestimmt sein. Einzelpersonen sollten bis zu 5.000 DM erhalten.

Wie auch in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen wurde als Zwangsarbeit die „Sklavenarbeit“ von in erster Linie KZ-Häftlingen für die Industrie definiert. Industrievertreter lehnten in diesem Zusammenhang die juristische Verantwortung ab, indem sie sich auf den Befehlsnotstand beriefen. Die Unternehmen seien zur Einstellung von Zwangsarbeitern gezwungen worden und die Bewachung sei durch die SS erfolgt.

Die Interpretation, welcher Aspekt der NS-Zwangsarbeit entschädigungsrelevant war, unterschied sich je nach Standpunkt der verschiedenen Kläger und Opfervertreter. Während im Wollheim-Prozess die Entschädigung von Zwangsarbeit als der Zahlung entgangenen Lohns definiert wurde, bezifferten die beteiligten Staaten auf der Reparationskonferenz 1946 in Paris Zwangsarbeit als volkswirtschaftlichen Verlust der, der kollektiv entschädigt werden sollte. Staatenlose wiederum betonten den Unrechtscharakter der Zwangsarbeit und widersprachen der These der Zwangsar-

beit als „normaler“ Begleiterscheinung des Krieges, mit dem Ziel der Einbeziehung ihrer Ansprüche in die Regelungen des Bundesentschädigungsgesetzes. Politisch Verfolgte verorteten die Zwangsarbeit als Ausdruck ungerechter Verhältnisse des Kapitalismus, denen mit der Enteignung der Industrie Rechnung zu tragen sei. Entsprechend wurden in der sowjetischen Besatzungszone Verstaatlichungen legitimiert.

In den 50er bis 70er Jahren folgten insgesamt elf bilaterale Verträge der Bundesrepublik mit westeuropäischen Staaten und Israel, die die Grundlage für zwischenstaatlichen Beziehungen und die Westintegration der Bundesrepublik schufen. Darin wurden einmalige Zahlungen vereinbart, die in den Ländern grundsätzlich orientiert an den Schadenskategorien des BEG verteilt werden sollten. Mit vier osteuropäischen Staaten wurden in dieser Zeit Vereinbarungen geschlossen, um Opfer pseudomedizinischer Versuche zu entschädigen. Die Sowjetunion hatte nach dem 17. Juni 1953 auf weitere Reparationen verzichtet. Die DDR sah sich nicht in der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches und lehnte entsprechend etwaige Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter ab. Eine Entschädigung insbesondere der osteuropäischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter war damit lange Zeit ausgeschlossen.

Sowohl auf Seiten der Bundesregierung als auch der Industrie war man bemüht, das Londoner Schuldenabkommen nicht in Frage zu stellen und Präzedenzfälle zu vermeiden. Entsprechend wurden

Globalzahlungen Deutschlands an die oben genannten Staaten als freiwillige humanitäre Leistung definiert und statt Gerichtsurteilen außergerichtliche Vergleiche geschlossen. Die Verhandlungen fanden in der Öffentlichkeit nur wenig Resonanz.

Ende der 1960er Jahre traten christliche Initiativen wie Aktion Sühnezeichen Friedensdienste mit der Forderung auf den Plan, die Hilfe für NS-Opfer auch auf osteuropäische Staaten, insbesondere Polen auszuweiten. In den 1970er Jahren im Rahmen der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zur NS-Geschichte wurde die NS-Zwangsarbeit in diesen Diskurs einbezogen. Mit der neuen Ostpolitik wurden erneut Ansprüche an die Bundesregierung gestellt. Nach Abschluss der Warschauer Verträge stellte die polnische Regierung Ansprüche u.a. für ehemalige Häftlinge von Konzentrationslagern und ehemalige Zwangsarbeiter. Während für ehemalige KZ-Häftlinge Entschädigungen und Renten für Hinterbliebene gefordert werden, wurde für Zwangsarbeiter nur eine Kollektiverstattung einbehaltener Sozialversicherungsbeiträge erwartet. Es ging darum, den polnischen Opferverband der KZ- und Lagerhäftlinge für eine Annäherung zwischen Polen und Deutschland zu gewinnen. Letztlich einigte man sich auf die Zahlung eines Betrages von 1,3 Milliarden DM und einen zinsgünstigen Kredit. Von Individualzahlungen war beidseitig zu dieser Zeit keine Rede mehr. Ehemalige KZ-Häftlinge erhielten in der Folge höhere Altersbezüge, ohne zu wissen, woher das Geld stammte. Bei der Abstimmung im Bundestag über

das entsprechende Gesetz argumentierte der Bundestagsabgeordnete Olaf Sund aber, dass das Abkommen berechnete Ansprüche von Millionen Zwangsverschleppten betreffe, denen man von ihren Arbeitslöhnen ihre Sozialversicherungen abgezogen habe.

Erinnerung an Vergessene Opfer

Der 1979 in Deutschland ausgestrahlte Film „Holocaust“ thematisierte auch die KZ-Zwangsarbeit, rückte aber vor allem das Schicksal der NS-Verfolgten und ihre Vernichtung in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Gleichzeitig entspann sich auch eine Diskussion um die Frage der Entschädigung bisher unberücksichtigter Opfergruppen. Es erschienen erste Monografien, die sich mit der Zwangsarbeit auseinandersetzten. Das Buch „Less than slaves“ (1979) von Benjamin Ferenc zur Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen bei deutschen Großunternehmen war einer der Auslöser der öffentlichen Auseinandersetzung. Das Standardwerk von Ulrich Herbert, „Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches“ (1985) bildete lange Zeit die Grundlage für weitere Diskussionen und Forschungen.

Zu Beginn der 1980er Jahre nahm die gesellschaftliche Debatte um die Verantwortung für die NS-Vergangenheit weiter zu. Zum 40. Jahrestag des Kriegsendes wurde ein Gesetzentwurf der Grünen zur Entschädigung NS-Verfolgter, insbesondere der bislang „Vergessenen Opfer“, in den Bundestag eingebracht. Als Anfang 1986 bekannt

wurde, dass eine Gruppe ehemaliger Zwangsarbeiter des Flick-Konzerns eine Entschädigung erhalten sollten, gehörten neben Sinti und Roma, Zwangssterilisierten, Homosexuellen und als „asozial“ Verfolgten auch die Zwangsarbeiter zur Gruppe der zu entschädigenden Vergessenen Opfer. Bereits früher hatten einige deutsche Großunternehmen Entschädigungszahlungen an Zwangsarbeiter ihrer Betriebe gezahlt, ohne dass dies große öffentliche Resonanz hervorgerufen hatte.

Die Deutsche Wiedervereinigung, Sammelklagen und Rechtssicherheit

Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag und der deutschen Wiedervereinigung wurden die Reparationsfrage des Londoner Schuldabkommens und individuelle Entschädigungsansprüche wieder relevant. Um diese zu regeln und individuelle Ansprüche zu vermeiden, wurden mit Polen und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bis 1998 Verträge analog zu den Globalabkommen mit westeuropäischen Staaten geschlossen. In Russland, Belarus, Polen, Tschechien und der Ukraine wurden sog. Versöhnungstiftungen eingerichtet, die die Zahlungen an NS-Opfer übernehmen sollten. Die Frage nach weiteren Entschädigungsforderungen stand danach nicht zur Debatte.

In der Folge des sog. Schweizer Bankenskandals wurden ab 1996 Sammelklagen vor amerikanischen Gerichten gegen deutsche Banken, Versicherungen und Industrieunternehmen eingereicht, in denen entgangene Lohnzahlungen, entwendetes Eigentum und

andere Ansprüche geltend gemacht wurden. Neben den zunächst eingereichten Anträgen jüdischer KZ-Opfer wurde aufgrund der den vielen Klagen osteuropäischer ehemaliger Zwangsarbeiter der Tatbestand der Zwangsarbeit ein zentrales Element. Die deutschen Unternehmen befürchteten einen massiven Imageverlust und in der Folge wirtschaftlichen Schaden in den USA und waren auf Rechtssicherheit bedacht. Voraussetzung dafür waren nach Ansicht der US-Regierung vorherige individuelle Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter. Das Ergebnis der Verhandlungen, das im Deutsch-Amerikanischen Abkommen festgehalten wurde, sah vor, dass „freiwillige humanitäre Leistungen“ gezahlt an verschiedene Opfergruppen entsprechend des Schweregrades gezahlt werden sollten. Mit dieser Formulierung blieben die bisherigen deutschen Rechtspositionen bestehen. Anstelle der Forderung nach entgangenem Lohn trat jetzt die Betonung des erlittenen Leids verbunden mit der Anerkennung des begangenen Unrechts. Die Deutsche Wirtschaft und der Staat sollten zu gleichen Teilen in einem Stiftungsfonds in Höhe von 10 Mrd. DM einzahlen. Die Empfänger der Leistung mussten sich verpflichten, auf weitere Ansprüche zu verzichten.

Kriegsgefangene blieben von dieser Regelung ausgeschlossen. Dass dies neben sowjetischen Kriegsgefangenen auch die sogenannten Italienischen Militärinternierten betraf, wurde durch ein vom Bundesfinanzministerium bestelltes Gutachten entschieden. Dieses Gutachten wurde bereits nach

seiner Veröffentlichung u.a. von Ulrich Herbert scharf kritisiert. Die Tatsache, dass insbesondere diese beiden Opfergruppen nicht die Auszahlungen einbezogen wurden, führt bis zum heutigen Tag zu Auseinandersetzungen und Forderungen.

Im August 2000 trat das Gesetz zur Errichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ in Kraft. Bis Ende 2006 wurden zusammen mit den Versöhnungstiftungen, der Jewish Claims Conference und der International Organisation for Migration an über 1,66 Millionen Menschen 4,4 Milliarden Euro ausgezahlt.

Was aber hat die Entschädigung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter bewirkt?

Anders als bei früheren Entschädigungsfragen waren das öffentliche Interesse und die Präsenz des Themas Zwangsarbeitsentschädigung in der Presse enorm hoch. Die mediale Aufmerksamkeit verstärkte sich ab 1997 sprunghaft und ebte erst im Jahr 2002 wieder ab. Wissenschaftliche Publikationen, Regional- und Lokalforschung zur Zwangsarbeit nahmen bereits ab Mitte der 1990er Jahre stark zu. Dazu zählten auch zahlreiche Forschungsvorhaben zur Geschichte verschiedener Großunternehmen. Erst nach dem Ende der Auszahlungen 2006 gingen die Zahlen der Publikationen zurück, blieben aber auf einem hohen Niveau. Wir müssen konstatieren, dass das öffentliche Interesse für das Thema schon vor Beginn der Sammelklagen relevant war. In vielen lokalen Initiativen wurde Lokalforschung

betrieben. Als beispielsweise 1993 in Berlin-Schöneweide festgestellt wurde, dass dort ein nahezu vollständig erhaltenes Zwangsarbeiterlager existierte, führte bürgerschaftliches Engagement hat, dass hier heute ein zentraler Gedenk- und Dokumentationsort zur Zwangsarbeit steht. Es ist vielen Initiativen zu verdanken, dass zahlreiche Orte und Dokumente gesichert wurden. Durch die Verhandlungen und Auszahlungen aber wurde die Relevanz der Forschung auch für den Auszahlungsprozess selbst akut. Die eingehenden Anträge warfen historische Fragen auf, lieferten aber auch Daten und Dokumente. Gleichzeitig wurden unterschiedlichste Archive mit dem Thema konfrontiert und schlossen sich zu einem Archivverbund zusammen.

Der Deutsche Städtetag rief seine Mitglieder im Jahr 2000 dazu auf, auf eigene Initiative Entschädigungen an die in ihren Städten eingesetzten Zwangsarbeiter zu zahlen. Daraus entstanden in vielen Städten zusätzlich Begegnungsprogramme, die Schulen und Vereine aktivierten. Es sind wissenschaftliche Netzwerke wie die Mailingliste NS-Zwangsarbeit entstanden, die bis heute aktiv sind.

In der jüngst erschienenen Monografie von Henning Borggräfe „Zwangsarbeitersentschädigung“ konstatiert der Autor eine noch viel tiefer gehende Konsequenz. Er zitiert die Rede des Bundespräsidenten Köhler anlässlich des 60. Jahrestags des Kriegsendes. In der Rede gedachte das Staatsoberhaupt der „Millionen, die zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wurden“.

Darin heißt es: „Unsere ganze Geschichte bestimmt die Identität unserer Nation. Wer einen Teil davon verdrängen will, der versündigt sich an Deutschland.“ Er stellt fest, dass die Zwangsarbeitersentschädigung zu einem identitätsstiftenden Teil des gemeinsamen Selbstverständnisses des wiedervereinigten Deutschlands geworden ist. Oder wie es im Untertitel des Buches heißt: „Vom Streit um `vergessene Opfer` zur Selbstaussöhnung der Deutschen“.

Wir können festhalten, dass in den letzten zwanzig Jahren zahllose Initiativen, Forschungen und Publikationen in Deutschland einen breiten Kenntnisstand zum Thema Zwangsarbeit hervorgebracht haben. Damit einhergehend wurde die Definition, was wir unter NS-Zwangsarbeit verstehen, breiter, aber auch ungreifbarer. War in den Jahren nach dem Krieg Zwangsarbeit gleichbedeutend mit dem Einsatz von jüdischen KZ-Häftlingen in der Industrieproduktion im Deutschen Reich, werden heute alle Formen der Zwangsarbeit, sei es in der Landwirtschaft, in öffentlichen Betrieben, bei den Kirchen oder in Privathaushalten, aber auch die Zwangsarbeit in den damals besetzten Gebieten, in die Definition mit einbezogen. Die Komplexität erschwert die Vermittlung des Themas in der Öffentlichkeit. Es bietet aber gleichzeitig die Möglichkeit, in der politischen Bildungsarbeit Recherchen vor Ort zu betreiben und Zeitzeugen in der eigenen Gemeinde, unter Nachbarn oder der Familie zu finden. Die Tatsache, dass die Historiografie zur NS-Zwangsarbeit noch nicht so festgeschrieben ist wie zu anderen

nationalsozialistischen Verbrechen, bietet gleichzeitig die Möglichkeit einer offeneren Herangehensweise beispielsweise in der historisch-politischen Jugendbildung. Mit dem digitalen Archiv „Zwangsarbeit 1939-1945“ ist hierfür ein fundiertes Online-Angebot verfügbar. Durch die europaweite Relevanz bietet die Auseinandersetzung mit der NS-Zwangsarbeit auch eine geeignete Grundlage für internationale Kooperationsprojekte. Die Stiftung EVZ bietet hierzu Fördermöglichkeiten.

Die Geschichte zeigt, dass insbesondere zu den Jahrestagen des Kriegsendes das Thema der NS-Zwangsarbeit in der Öffentlichkeit relevant wurde. Im kommenden Jahr zum 70. Jahrestag werden wir es sehen.

Über den Autor

Martin Bock, M.A. arbeitet als Programmleiter bei der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ). Der Beitrag stellt die persönliche Meinung des Autors dar.

Der Denkort Bunker Valentin in Bremen. Späte Auseinandersetzung mit NS-Zwangsarbeit

Von Christel Trouvé

Der Bunker „Valentin“ steht an der Weser, 35 km nördlich vom Stadtzentrum Bremen entfernt. Einst eines der größten Rüstungsprojekte des nationalsozialistischen Deutschlands ragt er heute als Bauruine in die Landschaft. Das über 400 Meter lange Beton-Gebäude wurde von der Kriegsmarine als verbunkerte U-Boot-Werft geplant. Wenige Wochen vor Kriegsende wurde die noch nicht fertig gebaute Anlage durch Luftangriffe der Alliierten bombardiert. Sie wurde nie in Betrieb gesetzt; darin wurde nie ein einziges U-Boot produziert.

Von Mai 1943 bis April 1945 arbeiteten über 10.000 Zwangsarbeiter auf der großen Bunkerbaustelle. Sie kamen aus ganz Europa, waren als Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge, Gefangene der Bremer Gestapo oder ausländische Zivilarbeiter nach Bremen verschleppt worden und in verschiedenen Lagern östlich der Baustelle untergebracht. Hunderte von ihnen starben infolge der Arbeits- und in den Lagern herrschenden Lebensbedingungen. Viele Überlebende litten ihr Leben lang körperlich und seelisch an den Folgen der Gewalterfahrungen.

Umgang mit dem historischen Ort

Der Bunker wurde über Jahrzehnte nicht als Tatort eines Gewaltverbrechens wahrgenommen, sondern galt vor allem als

touristische Sehenswürdigkeit und als technische „Meisterleistung“. Mitte der 1960er Jahre wurde das Gelände von der Bundesmarine übernommen und teilweise als militärisches Depot verwendet. Der Zugang wurde gesperrt, der Bunker aus Luftbildern herausretuschiert. Auf die Suche nach den Spuren der nationalsozialistischen Geschichte im Allgemeinen und des Zwangsarbeitseinsatzes im Besonderen begaben sich lokale Initiativen und Einzelpersonen ab Ende der 1970er Jahre. In der Folge konnte im Herbst 1983 das Denkmal „Vernichtung durch Arbeit“ des Bremer Künstlers F. Stein eingeweiht werden, in Anwesenheit von ehemaligen KZ-Häftlingen und deren Angehörigen. Die Erinnerung bahnte sich einen Weg. 1989 wurde der Film „Der Bunker“ (Thomas Mitscherlich) ausgestrahlt. Unter dem Titel „Hortensien für Farge“ wurden Mitte der 1990er Jahre die Erinnerungen von ehemaligen Zwangsarbeitern veröffentlicht (Bärbel Gemmeke-Stenzel und Barbara Johr). Auch in der Bundeswehr setzte ein langsames Umdenken ein; Teile des Bunkers wurden zum – temporären – kulturellen Veranstaltungsort: es fanden Lesungen ehemaliger Häftlinge oder aus Erinnerungsberichten statt; mehrere Spielzeiten lang führte das Bremer Theater das Antikriegsstück „Die letzten Tage der Menschheit“ von Karl Kraus auf.

Als 25 Jahre nach der Einweihung des Mahnmals die Bundeswehr beschloss, das Gelände zu verlassen, sprach die Bremische Bürgerschaft einstimmig die Erwartung aus, der U-Boot-Bunker Valentin möge von der

Bundesrepublik Deutschland als Gedenkstätte von nationaler Bedeutung anerkannt und zu einem Ort der historisch-politischen Bildung gestaltet werden. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen beauftragte daraufhin die Landeszentrale für politische Bildung Bremen mit der Erarbeitung eines Gedenkstättenkonzepts.

Seit 2011 gehören der Bunker und das umliegende Gelände der für die Verwaltung des Vermögens des Bundes zuständigen „Bundesanstalt für Immobilienaufgaben“ (BImA). Zum ersten Mal in seiner 70jährigen Geschichte wird der Bunker seitdem zivil genutzt. Aus dem U-Boot-Bunker der NS-Kriegsmarine wird nun der „Denkort Bunker Valentin“. Die Aufbauphase (2011-2015) wird zu gleichen Teilen aus dem Bremer Landeshaushalt und aus Mitteln der Gedenkstättenförderung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) finanziert. Gefördert wird das Projekt ferner durch den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der Europäischen Union.

Vermittlung der Geschichte

Der Denkort Bunker Valentin will ein Ort der lebendigen Auseinandersetzung mit der Geschichte sein. Er will die Besucher und Besucherinnen dazu anregen, sich auf die Spuren der nationalsozialistischen Vergangenheit zu begeben und der Komplexität/Vielschichtigkeit der Geschichte des Ortes bewusst zu werden. Ausgehend vom Bunker selbst als zentralem Exponat werden die 70

Jahre nach Kriegsende meistens verdeckten Spuren wieder sichtbar gemacht, kontextualisiert und damit vermittel-, besprech- und verstehbar gemacht. Hierfür kann auf eine breite Quellenlage zurückgegriffen werden: Interviews mit Überlebenden, historische Filmaufnahmen und Fotografien, Zeitzeugenberichte, Ausgrabungsfunde u.a.

Der Denkort will ein Ort innovativer pädagogischer Ansätze zur Vermittlung von Geschichte und historischem Bewusstsein sein. Er will vielfältige gesellschaftliche Gruppen ansprechen. Um den unterschiedlichen Bedürfnissen der unterschiedlichen Zielgruppen gerecht zu werden (Schulklassen, Student/innen, Lehrer/innen, Berufstätige, Senioren ...), wird ein breites Angebot entwickelt. Dieses beinhaltet verschiedenste Formate, von Überblicksführungen und thematischen Rundgängen durch den Bunker und über das ehemalige Gelände der Baustelle, über Selbstführungen, „Junior-Guides“-Führungen, mehrstündigen Projekttagen und mehrtägigen Projekten bis hin zu internationalen „Workcamps“. Anliegen aller Angebote ist es, den Teilnehmenden die Möglichkeit zu eröffnen, ihren Interessen nachzugehen sowie ihre Fragen und Gedanken in die Auseinandersetzung einzubringen.

Für den Denkort Bunker Valentin wurde ein Informationskonzept erstellt. Ein Rundweg wird künftig um den Bunker herumführen und die Innen- und Außenansicht ermöglichen. Entlang des Rundweges werden an mehreren Standorten Fotos, Zitate und

Lernen aus der Geschichte

[Zur Diskussion](#)

Texte Auskunft über die Geschichte des Ortes geben. Dieses stationäre Informationsangebot wird durch einen mobilen Multimediatelefon ergänzt, der den Besucher/innen Möglichkeiten der inhaltlichen Vertiefung und Ergänzung bereithalten wird. Die offizielle Eröffnung des neu gestalteten Wegeleitsystems ist für Herbst 2015 geplant.

Informationen

Denkort Bunker Valentin / Landeszentrale für politische Bildung

Rekumer Siel

28777 Bremen

www.denkort-bunker-valentin.de

Tel.: 0421/6967367-0

Über die Autorin

Dr. Christel Trouvé ist Historikerin. Seit 2009 arbeitet sie für die Landeszentrale für politische Bildung Bremen am Aufbau des "Denkort Bunker Valentin".

Von der lokalen Initiative zur überregionalen Institution: Das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide

Von Christine Glauning

„NS-Lager entdeckt“ - so fing es an

„NS-Lager entdeckt“ titelte die taz am 21. November 1994. „Fast vollständig erhaltenes Fremdarbeiterlager in Treptow / Historiker fordern Gedenkstätte, Bezirk erwägt Teilabriß“ war im Untertitel zu lesen. Bereits ein Jahr zuvor waren Stadtplaner/innen auf das Barackenensemble in Niederschöneweide aufmerksam geworden. Mit der Entdeckung des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers begann ein jahrelanger Kampf um den Erhalt eines einzigartigen historischen Ortes und die Einrichtung eines Erinnerungsortes. Als ein erster Schritt wurde 1995 das rund 3,3 ha große Gesamtgelände unter Denkmalschutz gestellt – trotzdem ist noch im Jahr 2000 eine Original-Unterkunftsbaracke für den Bau eines Autohauses abgerissen worden. Elf von dreizehn Unterkunftsbaracken sowie eine zentrale Wirtschaftsbaracke, die inmitten eines Wohngebietes erbaut wurden, sind erhalten geblieben. Während des Zweiten Weltkrieges waren hier zivile Zwangsarbeiter, italienische Militärinternierte und weibliche KZ-Häftlinge untergebracht, die bei umliegenden Betrieben, u.a. beim Reichsbahnausbesserungswerk oder der Batteriefabrik Pertrix arbeiten mussten. (Vgl. Geppert 2013)

Ohne bürgerschaftliches Engagement kein Erfolg

Die Mehrheit der NS-Gedenkstätten ist nicht durch staatliche Anordnung, sondern durch ehrenamtliches Engagement und gesellschaftlichen Druck „von unten“ entstanden – das war in Schöneweide nicht anders. Seit 1994 setzten sich die Berliner Geschichtswerkstatt, die Planergemeinschaft Duhlbach und Kohlbrenner, der Bund der Antifaschisten und Andere für ein „Dokumentations- und Begegnungszentrum zur NS-Zwangsarbeit“ auf dem Areal des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers ein (Vgl. Layer-Jung, Pagenstecher 2006).

Mit intensiver, letztlich zehnjähriger Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, u.a. mehreren Schul-, Zeitzeugen- und Ausstellungsprojekten, gelang es, die politischen Entscheidungsträger/innen zu überzeugen. Begünstigend kam hinzu, dass in den 1990er Jahren intensiv über eine Entschädigung der noch lebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter – dieser lange vergessenen Opfergruppe – debattiert wurde. Am 21. Dezember 2004 beschloss das Abgeordnetenhaus des Landes Berlin, dass „am authentischen Ort in Berlin-Schöneweide eine Gedenk-, Informations-, Dokumentations- und Begegnungsstätte zur NS-Zwangsarbeit in Deutschland errichtet“ wird (Drucksache 15/ 3525, 21.12.2004). Rechtlich und organisatorisch sollte die Angliederung an die Stiftung Topographie des Terrors erfolgen. Ein internationaler Fachbeirat entwickelte für den neuen Erinnerungsort ein Konzept als Ausstellungs-, Archiv- und Lernort

mit einem Schwerpunkt zur Geschichte der zivilen Zwangsarbeit, betonte aber, dass auch andere von Zwangsarbeit betroffene Gruppen berücksichtigt werden müssten. Da es bis dahin weder in Deutschland noch europaweit einen zentralen Erinnerungsort gab, an dem das Schicksal der zur Arbeit ins Deutsche Reich verschleppten Zivilbevölkerung thematisiert wurde, erachtete der Fachbeirat die internationale Ausrichtung des Dokumentationszentrums als besonders wichtig (Nachama u.a. 2007).

2006-2014: Aufbauarbeit – wie entsteht ein lebendiger Erinnerungsort?

Am 24. August 2006 eröffnete auf einem Teil des historischen Lagerareals das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit. In zwei wieder hergerichteten Baracken waren Räume für Ausstellungen, Bildungsarbeit, Veranstaltungen, Archiv, Bibliothek sowie Büros entstanden. Nun ging die eigentliche Arbeit erst los – den historischen Ort mit Leben zu füllen. In den ersten Jahren konnten die Besucherinnen und Besucher zahlreiche Wechselausstellungen sehen, die z.T. mit internationalen Partnern erarbeitet worden waren. Verschiedene Bildungsangebote – Führungen, Seminare, Workshops – entstanden, für die intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte der NS-Zwangsarbeit am historischen Ort. 2010 konnte das Dokumentationszentrum mit Baracke 13 die am besten erhaltene Unterkunftsbaracke erwerben, restaurieren, mit Zitaten zum Lageralltag sparsam musealisieren und

zugänglich machen.

Mit der Eröffnung der Dauerausstellung „Alltag Zwangsarbeit 1938–1945“ im Mai 2013 wurde eine weitere wichtige Etappe erreicht. Das Bildungsprogramm ist seitdem weiter ausgebaut worden: z.B. durch einen Museumskoffer mit 60 Gegenständen, einem Seminar zu Akteuren der NS-Zwangsarbeit oder zum Umgang mit historischen Fotografien mit der Methode der segmentellen Bildanalyse. Mittlerweile wird das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit überregional und international als zentrale Anlaufstelle für die Geschichte der zivilen Zwangsarbeit wahrgenommen: Immer mehr Anfragen – zu inhaltlichen Aspekten, v.a. aber zur Schicksalsklärung ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter – erreichen das kleine Team.

Im Lauf der Jahre hat sich herauskristallisiert, wie notwendig es ist, über die verschiedenen Zwangsarbeitergruppen und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu informieren (zivile Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge). Vor allem aber besteht Aufklärungsbedarf über die zivilen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter: die größte der Gruppen mit rund 8,4 Millionen Betroffenen und deren sehr unterschiedlichem Schicksal – je nach Nationalität, Geschlecht, Arbeitseinsatzort, Art der Unterkunft etc.

2015-? Perspektiven für die Zukunft

Zwei wichtige Großprojekte sind in den nächsten Jahren zu realisieren: zum einen der Umbau von zwei ungenutzten Baracken

Literatur:

für einen neuen Wechselausstellungsraum, mehr Platz für das historische Archiv, die Bibliothek, einen größeren Veranstaltungsraum sowie vor allem eine internationale Jugendbegegnungsstätte bis Herbst 2015. Zum anderen wird in einer weiteren Baracke bis Ende September 2016 eine vom Auswärtigen Amt finanzierte Dauerausstellung zur Geschichte der italienischen Militärinternierten entstehen – ein Ergebnis der Empfehlungen der deutsch-italienischen Historikerkommission (vgl. Bericht Deutsch-Italienische Historikerkommission).

Von Anfang an war geplant, dass das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit gleichermaßen vom Land Berlin wie vom Bund getragen wird. Bislang ist eine Beteiligung des Bundes nicht erfolgt; die chronische Unterfinanzierung stellt das Dokumentationszentrum vor viele Probleme – so kann das wachsende Archiv nicht sachgerecht betreut und die zunehmenden Anfragen nur unzulänglich beantwortet werden. Auch 2014 verweigert das Bundeskulturministerium weiterhin eine institutionelle Förderung und spricht dem Dokumentationszentrum das „Alleinstellungsmerkmal“ ab – notwendige Voraussetzung, um eine Bundesförderung zu erhalten. Dies zu ändern, wird in den nächsten Jahren sicherlich eine der größten Herausforderungen sein.

- Bericht der von den Außenministern der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik am 28. März 2009 eingesetzten Deutsch-Italienischen Historikerkommission, Juni 2012.
- Drucksache Abgeordnetenhaus von Berlin, 15/3525, 21.12.2004
- Daniela Geppert: Mitten in der Stadt: Das GBI-Lager 75/76 in Berlin-Schöneweide, in: Alltag Zwangsarbeit 1938-1945. Katalog zur gleichnamigen Dauerausstellung. Hg. vom Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin 2013, S. 54-73.
- Gabriele Layer-Jung, Cord Pagenstecher: Einführung, in: „NS-Lager entdeckt“. Zwangsarbeiterlager Schöneweide wird historischer Lernort. Hg. vom Förderverein für ein Dokumentations- und Begegnungszentrum zur NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide, Berlin 2006, S. 7-9.
- Andreas Nachama, Christine Glauning, Katharina Sophie Rürup (Hg.): Das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide. Zur Konzeption eines Ausstellungs-, Archiv- und Lernortes. Berlin 2007, S. 50.

Über die Autorin:

Dr. Christine Glauning ist Historikerin und seit 2006 Leiterin des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide.

Internationaler Austausch über NS-Zwangsarbeit per Mailing Liste

Von Bernhard Bremberger

Die internationale Mailing Liste NS-Zwangsarbeit ist seit dem 28. Januar 2001 aktiv. Sie lebt vom regen Engagement der heute rund 300 Listenmitglieder. Der Autor dieses Beitrags ist Gründer, Administrator und Moderator der Mailing Liste, Co-Administrator ist Cord Pagenstecher.

Hier sollten zunächst die Umstände der Zeit geschildert werden, der die Liste ihre Gründung verdankt – doch über die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zunehmenden Begegnungen mit ehemaligen Sowjetbürgern, die Arbeit von „Barfußhistorikern“ und Geschichtswerkstätten zur Zwangsarbeit und zur Entschädigungsdebatte mögen Berufenere Auskunft geben.

Um die Jahrtausendwende jedenfalls war das Thema „Zwangsarbeit“ auch in der Öffentlichkeit angekommen: Tageszeitungen und Magazine berichteten dazu, Archive sichteten ihre Bestände, Museen bereiteten Ausstellungen vor (etwa der Verbund Berliner Heimatmuseen) und ließen ABM-Kräfte dazu recherchieren.

Im Jahr 2000 forschten in einzelnen Berliner Bezirken einige Dutzend Personen zu dem Thema, doch die wenigsten kannten sich bzw. hatten Kontakt untereinander. Eine Arbeitstagung im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt sollte dem abhelfen und weiteren Austausch anregen. Diese wurde unterstützt vom Kulturrat Neukölln, der Berliner

Geschichtswerkstatt und dem Kontakte e.V. Neben Berichten über lokale Projekte und zur „Entschädigung“ generell wurde auch über die Möglichkeit zum Austausch über die Mailing Liste NS-Zwangsarbeit informiert. Noch am selben Abend meldeten sich ein Dutzend Interessent/innen an.

Eine Mailing Liste bietet die Möglichkeit, dass jedes Mitglied eine Nachricht verschickt, welche in der Regel ohne weitere Einschränkung in kürzester Zeit auf dem Rechner aller anderen Teilnehmer/innen ankommt. Da diese Liste unmoderiert ist, findet keine inhaltliche Kontrolle statt. Allerdings werden Interessent/innen vor der Freischaltung gebeten, sich und ihr Interesse am Thema zunächst dem Moderator und dann auch den anderen Listenmitgliedern darzustellen.

Vorbild war die von Klaus Graf ins Leben gerufene Mailing Liste „Hexenforschung“, die zeigte, wie ein schneller, informativer Austausch bewerkstelligt werden kann, der überdies basisdemokratisch ist, also keine höhere Institution benötigt. Tatsächlich gab es seinerzeit den Eindruck, als würden die für die „Entschädigung“ der Zwangsarbeit zuständigen Institutionen nicht „in die Pötte“ kommen; eine effektivere Form des Austausches erschien dringend notwendig. Neue Mitglieder fand die Mailing Liste zunächst durch Mund-zu-Mund-Propaganda, und es konnten Personen angesprochen werden, mit denen ich vorher schon wegen des Themas in Kontakt stand. Nach einem Monat hatte die Liste knapp 70 Mitglieder. Da sich damals auch lokale Archive mit der

Suche nach Nachweisen für Zwangsarbeiter/innen beschäftigten, konnten sie leicht für die Liste gewonnen werden. Auch andere Einrichtungen und Personen wurden durch gezielte Mails geworben. Wieder andere meldeten sich auf Hinweise im Netz, beispielsweise auf der Website „Zwangsarbeit-Forschung“

Dank Ralf Blank konnte die Liste, die anfangs über KBX7 lief, schon Mitte 2001 zum Historischen Centrum Hagen migrieren, wo sie seitdem wunderbar technisch betreut wird. Das Listenarchiv war von Anfang an nicht öffentlich, heute existiert auch kein internes Archiv mehr. Wohl aber hat jedes Mitglied die Möglichkeit, sämtliche Mails auf dem eigenen Rechner zu archivieren.

Nach einem Jahr war der Stand von 300 Listenmitgliedern erreicht, und diese Zahl blieb bis heute konstant - trotz der Fluktuation (insgesamt 767 Personen in 15 Jahren). Diese rührt von einer gewissen Konjunktur des Themas Zwangsarbeit her: Für Archive war es während der „Nachweissuche“ relevant, Museumsmitarbeiter/innen hatten befristete Stellen und wechselten danach in Arbeitslosigkeit oder andere Tätigkeitsfelder, wieder andere schrieben Haus- oder Examensarbeiten und blieben dann nicht mehr beim Thema. Auch sind einige Mitglieder mittlerweile verstorben. Doch über die Hälfte der 2001 beigetretenen Mitgliedern sind heute noch in der Liste aktiv.

Knapp 90% der Mitglieder leben und wirken in Deutschland – besonders viele in Berlin, knapp 10% in den Nachbarländern,

vor allem Österreich, Niederlande, Belgien, Schweiz, auch Italien und Dänemark. Die Kolleg/innen aus der polnischen und der ukrainischen Partnerorganisation kamen schon zur Sprache, auch die USA ist mit einigen Mitgliedern vertreten. Der Traffic beläuft sich derzeit auf rund 450 Mails pro Jahr; manchmal sind pro Tag zehn, manchmal nur zwei in einer Woche zu bewältigen.

Nach dieser kurzen Historie der Liste und einigen Zahlen seien einige subjektive Eindrücke angesprochen, welche die Entwicklung verdeutlichen:

- Etablierte Personen verhielten und verhalten sich sehr zurückhaltend mit einer Mitgliedschaft in der Liste, ebenso anfangs die einschlägigen Einrichtungen. Das hat sich heute geändert, offenbar haben sich mittlerweile auch in Institutionen die Vorteile der unabhängig von ihnen entstandenen Mailing-Liste herumgesprochen.

- Anfangs dominierte die Nachweissuche für die „Entschädigung“ die Liste, etwa Fragen, wie man einen entstellten Ortsnamen identifiziert oder wer etwas über bestimmte Firmen weiß. Sie begleitete die entschädigungspolitische Debatte, allerdings ohne in Entscheidungen eingreifen zu können. Besonders hilfreich war, dass über die Liste ein direkter Austausch zwischen einzelnen Mitarbeiter/innen der polnischen bzw. ukrainischen Partnerorganisation und den nachweissuchenden Archiven möglich war.

Dies ersparte oft die viel zu langen Dienstwege - was hoffentlich den auf eine „Entschädigung“ wartenden ehemaligen Zwangsarbeiter/innen zu Gute kam.

- Heute stehen Hinweise auf Veranstaltungen, Publikationen und Sendungen zur Zwangsarbeit im Vordergrund, auch nehmen entschädigungspolitische Informationen zu, die über das eng gefasste Listenthema „NS-Zwangsarbeit“ hinausgehen, z. B. NS-Politik gegen „Asoziale“, weitere offene Fragen der „Entschädigung“ (etwa sowjetische Kriegsgefangene, Italienische Militärinternierte oder Massaker in Griechenland). Auch gibt es Postings zur Zwangsarbeit im globalen Kontext, wobei die Thematisierung der Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen offenbar immer wieder Empfindlichkeiten weckt und zu grundsätzlichen Diskussionen Anlass gibt.

- Forschungsfragen sind heute weniger auf einzelne Fälle bezogen. Umfassendes Brainstorming gab es in der letzten Zeit beispielsweise zu Zwangsarbeiterliedern, Arbeitsgemeinschaften zum Betrieb von Lagern, Filmen über Zwangsarbeit, Lagerzäunen oder Holzschuhen – Fragen, die etwa im Zusammenhang mit Ausstellungen relevant werden.

Die Mailing Liste NS-Zwangsarbeit ist nunmehr fast 15 Jahre in Betrieb. Ich betrachte sie als ein Beispiel dafür, wie in Privativinitiative eine unabhängige Plattform geschaffen werden konnte, die erfolgreich den

Austausch von Personen mit verschiedensten Interessen ermöglicht: Forschung, Entschädigungspolitik, Archive, gedenkpolitische Gruppen, Begegnungsinitiativen, persönliche Begegnungen und Betroffene (Familienforschung). Die Mailing Liste NS-Zwangsarbeit steht auf einer breiten Basis und kann sich durch das Engagement der Listenmitglieder immer neuen Aufgaben stellen.

Über den Autor

Dr. Bernhard Bremberger, Kulturwissenschaftler. Studium der Ethnologie, Musikwissenschaft und Geschichte. Seit der Jahrtausendwende vor allem Forschungen zur NS-Zeit, insbesondere Zwangsarbeit und Lokalgeschichte in Berlin-Neukölln, außerdem zu Strafvollzug (Zuchthaus Cottbus), Medizingeschichte und Widerstand.
www.zwangsarbeit-forschung.de

Lernen aus der Geschichte

Handreichung: »Ich hätte nicht geglaubt, noch einmal hierher zu kommen.«

Zwischen 2001 bis 2013 kamen 416 ehemalige Zwangsarbeiter/innen im Rahmen des „Besuchsprogramms Hamburg“ in die Hansstadt. Der Hamburger Senat finanzierte deren Aufenthalt als Zeichen der Versöhnung. Im Zuge des Besuchsprogramms wurden viele der Anwesenden interviewt und es entstand eine Ausstellung »»Ich hätte nicht geglaubt, noch einmal hierher zu kommen. <Schicksale ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und das Hamburger Besuchsprogramm 2001–2013« des Freundeskreises KZ-Gedenkstätte Neuengamme e.V.. Diese wurde im Sommer 2014 in der Stadt gezeigt. Basierend auf der Ausstellung und den Interviews brachten nun das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung und die Landeszentrale für politische Bildung Hamburg die didaktische Handreichung »ICH HÄTTE NICHT GEGLAUBT, NOCH EINMAL HIERHER ZU KOMMEN.« heraus. Diese ist kostenlos als pdf verfügbar.

Inhalt und Aufbau

Die Handreichung thematisiert die NS-Zwangsarbeit in Hamburg in ihren Strukturen und ihrem Alltag als auch die die Geschichte von (Nicht-)Anerkennung und -Entschädigung umfassenden Nachkriegsjahre bis hin zum Besuchsprogramm des Hamburger Senats von 2001 bis 2013. Sie kann für die außerschulische, politische

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Jugend- und auch Erwachsenenbildung sowie für die schulische Bildung genutzt werden und der Vorbereitung einer themenbezogenen Exkursion dienlich sein. Inhaltlich-didaktisch verantwortlich zeichnen Katja Hertz-Eichenrode vom Freundeskreis der KZ-Gedenkstätte Neuengamme e.V. sowie das Büro H. Geschichtskommunikation. Unter ihrer Federführung wurden Darstellungstexte und Quellen formuliert und ausgewählt, die mithilfe der Aufgabenvorschläge erschlossen werden können. Es werden Arbeitsaufträge auf grundlegendem Niveau mit dem Ziel der Erschließung der zentralen Inhalte und der Problematik sowie auf erhöhtem Niveau angeboten. Letztere umfassen weiterführende und vertiefende Recherche- und Präsentationsaufträge und sollen zum selbstständigen Lernen anregen.

Einem allgemeinen Darstellungstext folgen in multiperspektivischer Absicht unterschiedliche Quellen wie Fotos, Plakate, Erinnerungen sowie Auszüge aus Briefen von Zwangsarbeiter/innen, interaktive Karten etc. Dabei verweisen auch einige der grundlegenden Arbeitsvorschläge auf weiterführende online-Quellen wie das Lebendige Museum.

Einige der Arbeitsblätter geben Quellen und Arbeitsvorschläge für die Vermittlung der Geschichte der Zwangsarbeitsentschädigung und Anerkennung zur Hand. Unter anderem Arbeitsblatt 7 thematisiert das Wirken Norbert Wollheims. In einem weiteren quellenunterlegten Beispiel

Lernen aus der ■ Geschichte

werden die Adressatinnen aufgefordert, das Urteil des Amtsgerichts Braunschweig zu den Lohnnachzahlungsforderungen für Zwangsarbeit von Alfred Diamant zu diskutieren. Im Anschluss an diese ersten Beispiele zu Entschädigungsforderungen fokussiert Arbeitsblatt 8 die Debatte um Entschädigung, in dem die Entschädigungspolitik seit der Jahrtausendwende thematisiert und deren Hintergrund, sowie Verteilungsprozess in ihren Grundzügen Gegenstand der Vermittlung werden. Zuletzt rückt in diesem Arbeitsvorschläge-Komplex mit der konkreten Entschädigungsgeschichte Hamburgs der lokalgeschichtliche Bezugsrahmen in den Mittelpunkt. Über die deutsche Debatte um Entschädigung hinaus, greift die Handreichung exemplarisch auch die Anerkennung bzw. den Umgang der Nationen auf, aus denen die Zwangsarbeiter/innen stammten. So werden auch in der Sowjetunion als „Vaterlandsverräter“ geltende ehemalige Zwangsarbeitende zum Thema gemacht. Abgerundet wird diese didaktische Aufbereitung zur Entschädigungsgeschichte mit den Stimmen ehemaliger Zwangsarbeiter/innen, die im Rahmen des Hamburger Besuchsprogramms interviewt wurden und ihren Ängsten und Erwartungen zur Entschädigung Ausdruck verleihen aber auch ihren Zwangsarbeits-Alltag schildern (Arbeitsblätter 13, 14, 15, 16). Das letzte Arbeitsblatt unter der Überschrift „Gedenken und Erinnern“ lenkt den Blick auf die – wohlwollend formuliert – nur zögerlich einsetzende Erinnerung an die NS-Zwangsarbeit sowie ihre Opfer und fordert

Empfehlung Unterrichtsmaterial

dazu auf, eigene Vorstellungen einer gelungenen Erinnerungskultur zu skizzieren. Abgerundet wird das Angebot durch weiterführende Hinweise auf Literatur, Filme und Websites zum Thema Zwangsarbeit.

Fazit

Die Macher/innen der Broschüre meinen zwar, gerade die stadtbezogene Vermittlung zur NS-Zwangsarbeit fördern zu wollen, doch sind die Materialien auch für Bildner/innen ohne Hamburg-Bezug zu verwenden. So können viele der Fragestellungen in den eigenen lokal- oder regionalgeschichtlichen Rahmen transformiert werden oder setzen in ihrem Abstraktionsgrad erst gar keinen Ortsbezug voraus. Von großem Wert ist die Handreichung allein schon, da sie eine der wenigen, dazu auch noch kostenlos verfügbaren Zusammenstellungen von Arbeitsmaterialien zur Vermittlung der Geschichte der NS-Zwangsarbeitsentschädigung darstellt.

Die Materialien können kostenlos im [pdf-Format](#) auf der Webseite der Hamburger Landeszentrale für politische Bildung heruntergeladen werden.

Zwangsarbeit 1939-1945. Zeitzeugen-Interviews für den Unterricht – DVD und Lehrerheft

Die Doppel-DVD

In Zusammenarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung mit dem Center für Digitale Systeme (CeDiS) - E-Learning, E-Research, Multimedia der Freien Universität Berlin entstand im Jahr 2010 die DVD-Edition „Zwangsarbeit 1939-1945. Erinnerungen und Geschichte. Zeitzeugen-Interviews für den Unterricht“. Basierend auf den knapp 600 Interviews des Online-Archivs „Zwangsarbeit 1939-1945“ bietet das Paket rund um die Themen Zwangsarbeit, Entschädigung und Oral History auch ein Lehrer/innenheft zur Unterrichtsvorbereitung, das Aufgabenvorschläge für alle Schularten ab der 9. Klasse enthält. Die Bildungsmaterialien bieten die Möglichkeit eines fundierten historischen Überblicks für die Mittelstufe, der für die Oberstufe durch Fragestellungen zur Erinnerungskultur – wie beispielsweise der Entschädigung und Anerkennung – vertieft werden kann. Die Materialien sind in drei kompetenz- und methodenorientierte Anwendungsstufen geteilt. Sie sind für den lehrerzentrierten Regelunterricht im Klassenverband („Basis“-Modul), die intensive, interaktive Bearbeitung im Computerraum („Projekt“-Modul, unterstützt durch Lernsoftware) oder für die individuelle Prüfungsvorbereitung („Präsentations“-Modul, Abitur und mittlerer Schulabschluss) optimiert.

Die Video-DVD umfasst fünf biographische Kurzfilme von je etwa 25 Minuten Länge. In den Sequenzen berichten die ehemaligen Zwangsarbeiter/innen über ihre Verschleppung, von ihren Erfahrungen während der Zwangsarbeit, dem Verhalten der Deutschen und von ihrer Zeit nach der Befreiung. Mit dem versuchten Querschnitt sind exemplarisch sehr unterschiedliche Biographien nachvollzogen und zur didaktischen Anwendung aufbereitet worden:

- Reinhard Florian, Verfolgung und Sklavenarbeit eines deutschen Sinto
- Helena Bohle-Szacki, eine deutsch-jüdische Polin in KZ und Emigration
- Claudio Sommaruga, Zwangsarbeit und Verweigerung eines italienischen Militärinternierten
- Sinaida Iwanowna Baschlai, eine so genannte Ostarbeiterin aus der Ukraine in einem Privathaushalt und in der Rüstungsindustrie
- Victor Laville, ein französischer Zwangsarbeiter, der nach seiner Flucht erfolgreich untertauchen konnte.

Zusätzlich können Bilder sowie zwei Hintergrundfilme genutzt werden. Die vertiefenden Videos beschäftigen sich zum einen mit dem Zeitzeugen-Archiv „Zwangsarbeit 1939-1945“ selbst und führen in dessen Umfang und Funktionen ein. Der zweite Film von Alexander von Plato und Loretta Walz aus dem Jahr 2009 beleuchtet die Thematik „Zwangsarbeit und Entschädigung“ (20Min.). In einer dazugehörigen Aufgabe werden die jugendlichen

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Adressat/innen aufgefordert, die Debatte und ihren Ausgang zu bewerten.

Die Lernsoftware-DVD bietet unterstützend zu den bereits genannten Filmen, umfangreiche, kompetenzorientierte Aufgabenvorschläge, die nach kurzer Einführung in die intuitive, benutzer/innenfreundliche Oberfläche direkt im Arbeitsfenster der Software bearbeitet, gedruckt und exportiert werden können. Bei der Vermittlung und selbstständigen Bearbeitung der Aufgaben aus dem Projekt-Modul und für das Präsentations-Modul helfen über 150 anschauliche Zusatzmaterialien von Transkripten, privaten Bildern, historischen Dokumenten, Infotexten bis hin zu Methodentipps. Daneben können eine Zeitleiste sowie animierte Karten zu den Leidensstationen der fünf Zwangsarbeiter/innen, zur Verdeutlichung der Strukturen der NS-Zwangsarbeit sowie zu den Entschädigungszahlungen an Staaten (vor und nach 1990) und an Einzelpersonen (2001-2007) herangezogen werden.

Das Lehrerheft

Das von Cord Pagenstecher und Angela Martin verfasste Heft für Lehrkräfte unterstützt die didaktische Anwendung der DVD-Edition mit Informationstexten, Aufgabenvorschlägen und kopierfähigen Arbeitsblättern. Das Heft wartet mit allgemeinen Informationen zum Umgang mit Zeitzeugen-Interviews, Einsatzszenarien sowie Anregungen für einen einfachen Einstieg in den Unterricht auf und verhilft den Bildner/innen zum nötigen und ergänzenden Kontextwissen. So findet sich auch im Lehrerheft ein Text zur Entschädigung

Empfehlung Unterrichtsmaterial

der Zwangsarbeiter/innen.

Die zentrale Quellenbasis der fünf biographischen Kurzfilme kann jederzeit nach Anmeldung durch die unzähligen weiteren Interviews mit Zwangsarbeiter/innen auf der [Website des Online-Archivs](#) ergänzt werden. Einige Zusatzmaterialien der Lernsoftware-DVD werden neben weiteren digitalen Bildungsbausteinen und einer äußerst umfangreichen Linkliste im [Bildungsbereich des Zwangsarbeit-Archivs](#) bereitgestellt.

Fazit

Die DVD eignet sich aufgrund der gewählten Schicksale hervorragend für die Darstellung der unterschiedlichen Umgangsformen, Ausbeutungsbedingungen und Handlungsoptionen innerhalb des nationalsozialistischen Zwangsarbeitssystems. In Kombination mit dem Hintergrundmaterial und dem Lehrerheft lassen sich multimediale, mit Arbeitsempfehlungen versehene und für verschiedene Jahrgangsstufen optimierbare Unterrichteinheiten zum Thema selbst zusammenstellen. Auch wenn sich das Material vorrangig an 14- bis 18jährige Schüler/innen richtet, ist es auch für die außerschulische Bildungsarbeit eine äußerst hilfreiche Zusammenstellung. Insbesondere das Interview mit Claudio Sommaruga, der Film "Zwangsarbeit und Entschädigung", die interaktive Karte zu den Entschädigungszahlungen und ein einführender Text im Lehrerheft greifen die Frage nach Anerkennung und Entschädigung auf.

Die Bundeszentrale für politische Bildung vertreibt sowohl die [Doppel-DVD](#) - (7€) als auch das [Lehrerheft](#) - (3€).

Gesichter der Zwangsarbeit

Das Portal

Bereits ein Marschlied von 1928 betitelt den Mercedes-Stern als „Deutscher Arbeit Ehrenzeichen“. Jahrzehntlang pflegte die heutige Daimler AG diese vermeintliche Legende und wies eine Beteiligung an nationalsozialistischen Verbrechen wie der Ausbeutung von Zwangsarbeiter/innen in konzerneigenen Fabriken von sich. Ende der 1980er Jahre musste der Konzern nicht zuletzt aufgrund von ersten Publikationen zur Zwangsarbeit im Motorenwerk für Messerschmitt-Jäger und Heinkel-Bomber von dieser Lüge Abstand nehmen: In Genshagen bei Ludwigsfelde, süd-westlich von Berlin hatte der Konzern etwa 10.000 während des Krieges dort eingesetzte Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter/innen und KZ-Häftlinge misshandelt.

Nachdem das konzerneigene Archiv, in dem umfangreiches Material zum Thema lagerte, NS-Forschern wie Ulrich Herbert verschlossen geblieben war, fand in den 1990er Jahren ein langsames Umdenken statt. Katalysiert durch die aufkommende bundesweite Debatte um die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter/innen und die Beteiligung deutscher Firmen an einem entsprechenden Fond, finanzierte Daimler-Benz nun unter anderem Begegnungen mit ehemaligen Zwangsarbeiter/innen, sowie mit Helmuth Bauer einen befristeten wissenschaftlichen Mitarbeiter bei der Gedenkstätte Ravensbrück, der umfangreiche, jahrelange Recherchen zum Lager anstellte.

Allein seit Herbst 1944 wurden im Genshagener Werk etwa 1100 Frauen aus Ravensbrück als Zwangsarbeiter/innen im „nationalsozialistischen Kriegsmusterbetrieb“ Daimler-Benz ausgebeutet. Exemplarisch gibt die Website „Gesichter der Zwangsarbeit“ einen Einblick in die Leidenswege dieser Frauen. Für die Bildungsarbeit von vorrangigem Interesse sind die diversen, kostenlos zur Verfügung gestellten Ausschnitte aus Dokumentationen mit überlebenden Zwangsarbeiter/innen, welche vor allem der über 20-jährigen Beschäftigung von Helmuth Bauer mit dem KZ-Außenlager Genshagen zu Verdanken sind.

Einen Einblick in die Zwangsarbeit vor Ort, die Verdrängung und Rethematisierung bietet der Film „Der Stern und sein Schatten. Daimler-Benz kehrt zurück in die Genshagener Heide“ von Helmuth Bauer und Eike Schmitz aus dem Jahr 1994. Mehr als ein Drittel des eigentlichen Films kann über auf der Website verlinkte und eingebettete YouTube-Videos kostenlos in thematisch getrennten Sequenzen angeschaut werden. Vertiefend kann der Kampf um Entschädigung mithilfe der Videosequenzen des Films „Für Lohn und Würde“ aus dem Jahr 1999 in der Bildungsarbeit verdeutlicht und diskutiert werden. In diesem werden 25 ehemalige Zwangsarbeiter/innen aus Warschau vorgestellt, die sich entschließen, Daimler auf Lohn-Nachzahlung für ihre in Genshagen geleistete Zwangsarbeit zu verklagen. Auch die Sequenzen aus „Reise zum Ort des

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Schmerzes“ von 1997, in dem die Weigerung des Konzerns, Lohn für Zwangsarbeit zu bezahlen, behandelt wird, eignen sich unterstützend für die Bildungsarbeit zur Zwangsarbeiter/innenentschädigung.

In Bezug auf die Erweiterung des Begriffs Entschädigung um die Komponente der Anerkennung lassen sich vor allem auch die Ausschnitte zum Film „Es fehlt manchmal noch was im Leben“ nutzen. Dieser dokumentiert die Rückkehr von Jüdinnen aus Budapest nach Genshagen und Ravensbrück am 50. Jahrestag ihrer Deportation auf Einladung von Daimler-Benz.

Fazit

Die Website „Gesichter der Zwangsarbeit“ ermöglicht einen hilfreichen Einstieg in eine Diskussion zur Entschädigungsdebatte. Die Filmausschnitte zu den Erinnerungen der ehemaligen Zwangsarbeiter/innen in Genshagen und deren Kampf um materielle wie ideelle Anerkennung durch die Daimler-Benz AG können kostenlos online genutzt werden. Das Buch „Innere Bilder wird man nicht los. Die Frauen im KZ-Außenlager Daimler-Benz Genshagen“ aus dem Metropol Verlag (Berlin 2011) kann dabei als hilfreiche Kontextlektüre dienen. Auch Vorträge zum Thema sowie Führungen über das ehemalige Daimler-Gelände in Genshagen sind auf Anfrage möglich.

Empfehlung Web

Kontakt

Gesichter der Zwangsarbeit

Telefon:

030-47530813

E-Mail:

info@gesichter-der-zwangsarbeit.de

helmuth.bauer@web.de

Norbert Wollheim, Buna-Monowitz und der Kampf um Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter/innen

„Wir sind gerettet, aber wir sind nicht befreit.“ Diese Worte schrieb Norbert Wollheim im August 1945, kurz nach seiner Befreiung durch die Alliierten. Der Berliner Jude war 1943 mit seiner Familie nach Auschwitz deportiert worden. Während man seine Frau und deren Sohn direkt nach der Ankunft in die Gaskammern schickte, wurde Wollheim in das Lager Auschwitz III/Buna-Monowitz gebracht. Dort musste er Zwangsarbeit für den Chemiekonzern IG-Farben leisten, bis die wenigen überlebenden Gefangenen im Januar 1945 auf einen Todesmarsch Richtung Westen getrieben wurden. Wollheim überlebte auch diese letzten, qualvollen Kriegswochen und strandete wie Tausende andere in einem DP-Lager in der britischen Besatzungszone.

Nach dem Krieg blieb er zunächst in Deutschland und setzte sich für die vielen traumatisierten und entwurzelten Überlebenden des NS-Terrors ein, die – wie er selbst – in Lagern über ganz Deutschland verstreut versuchten, sich ein neues Leben aufzubauen.

Neben dem Einsatz für den Wiederaufbau jüdischen Lebens im Nachkriegsdeutschland bemühte sich Norbert Wollheim in den ersten Nachkriegsjahren vor allem um die juristische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen. In diesem Bestreben sagte er im Laufe der Jahre in verschiedenen Prozessen gegen die Täter aus, so

zum Beispiel im Nürnberger Prozess gegen die IG-Farben 1947 und im Harlan-Prozess 1949.

Schließlich, 1950, begann Wollheim außerdem seinen eigenen, persönlichen Kampf um Entschädigung: Er verklagte gemeinsam mit seinem Anwalt Henry Ormond die IG-Farben in einem Zivilprozess auf Erstattung seines vorenthaltenen Arbeitslohns und um Schmerzensgeld. Es folgte ein zweijähriges Verfahren, an dessen Ende das Gericht Wollheim in allen Punkten recht gab und die IG-Farben zu einer Zahlung von 10.000 DM verurteilte. Das Unternehmen ging in Revision und erwirkte schließlich eine außergerichtliche Einigung, in der es sich zur Zahlung von 30 Millionen DM an die Überlebenden der I.G. Auschwitz verpflichtete. Wollheims Klage war die erste dieser Art im Nachkriegsdeutschland und das Verfahren gegen die IG-Farben wurde zum Musterprozess im Kampf um Entschädigung der ehemaligen NS-Zwangsarbeiter/innen.

Das Wollheim-Memorial

Auf dem neuen Campus der Universität Frankfurt, einst Firmensitz der IG-Farben AG, befindet sich heute das Wollheim-Memorial. Man findet es nicht gleich, wenn man sich auf dem riesigen, verschachtelten Gelände nicht auskennt, denn der kleine Pavillon liegt etwas versteckt am Rand des riesenhaften Hauptgebäudes. Vielleicht zeigt sich daran ein wenig der ambivalente Umgang der Hochschule mit dem Erbe, dass sie durch den Umzug ins Frankfurter

Lernen aus der Geschichte

Empfehlung Web

Westend auf sich genommen hat. Es findet zwar eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes statt, im Zentrum des Bemühens der Hochschulleitung steht diese jedoch sicher nicht.

Hauptanliegen des Memorials ist das Gedenken an die Opfer der NS-Zwangсарbeit und die Information über deren Erfahrungen, die Formen der Verfolgung und der spätere Kampf um Entschädigung. Besuchergruppen haben die Möglichkeit, sich in verschiedenen, vom Fritz-Bauer-Institut erarbeiteten Bildungsangeboten mit dem Thema auseinandersetzen. Die Inhalte bewegen sich dabei immer nah an den lebensgeschichtlichen Erzählungen der Opfer, von ihrer Kindheit und Jugend vor dem NS, über die Zeit sukzessiver Entrechtung und Verfolgung durch die Nationalsozialisten hin zur Erfahrungsgeschichte der Nachkriegszeit.

Die Website

Angeschlossen an das Konzept zum historischen Lernort ist eine Website, die sehr umfangreiche und vielseitige Informationen zum Thema bietet. Die Seite folgt einem interdisziplinären Ansatz, der sich an der Schnittstelle von Geschichtswissenschaft, Kunst und Vermittlung bewegt. Die verschiedenen Themenbereiche sind in mehrere Ebenen untergliedert. Dadurch haben Besucher/innen die Möglichkeit, sich in der ersten Ebene einen Überblick über das jeweilige Thema zu verschaffen, in der zweiten Ebene finden sich schließlich wissenschaftliche Aufsätze, die eine

intensive Auseinandersetzung ermöglichen und einen Einblick in den aktuellen Forschungsstand geben. Das umfangreiche Material und die verschiedenen Schwerpunkte bieten dabei ganz unterschiedliche Zugänge zu und Perspektiven auf das Thema. Neben der Darstellung der historischen Fakten rund um die NS-Zwangсарbeit, die IG-Farben, das KZ Buna/Monowitz und die juristische Aufarbeitung werden beispielsweise auch Fragen über Möglichkeiten und Arten der Zeugenschaft, den Umgang mit Erinnerung und Formen des Gedenkens aufgeworfen. Alle Texte können zur pädagogischen Arbeit kostenlos auf der Seite heruntergeladen werden. Des Weiteren finden sich auf der Seite zahlreiche Interviews mit ehemaligen Gefangenen des KZ Buna/Monowitz, die für die pädagogische Arbeit genutzt werden können.

Kontakt

Fragen und Anmeldungen können an das Fritz-Bauer-Institut an der Universität Frankfurt gerichtet werden.

Fritz Bauer Institut

Grüneburgplatz 1

60323 Frankfurt am Main

Telefon: +49(0)69/79 83 22 40

Telefax: +49(0)69/79 83 22 41

E-Mail: info@fritz-bauer-institut.de

Internet: www.fritz-bauer-institut.de

Die Zwangsarbeiter- entschädigung als „Selbstaussöhnung der Deutschen“ - Rezension zu Henning Borggräfes Studie

Von David Zolldan

Seit den 1990er Jahren ist eine unübersichtlich gewordene Anzahl an Publikationen zur „Praxis der Wiedergutmachung“, der konkreten Umsetzung der Entschädigung veröffentlicht worden. Perspektiverweiternd zeichnet Henning Borggräfe in seiner 2014 veröffentlichten Studie „Zwangsarbeiterentschädigung. Vom Streit um »vergessene Opfer« zur Selbstaussöhnung der Deutschen“ nicht alleinig den langen Weg von ersten Forderungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zum Start der Entschädigungszahlungen im Sommer 2001 mit ihren Folgen nach. Vielmehr untersucht der Autor unter Rückgriff auf John Torpey's Begriff des politischen Feldes die Akteurskonstellationen in ihren Machtverhältnissen, Aushandlungsprozessen und Konkurrenzen. Im Fokus stehen die Wechselbeziehungen zwischen Entschädigungsprozess und Vergegenwärtigung der Vergangenheit. Der Autor versucht sich in der Belegführung, dass der Konflikt um die Entschädigung auch als außen- wie innenpolitischer Prüfstein erfolgreicher Bewältigung der NS-Vergangenheit zu sehen ist, der als Beitrag zur Selbstaussöhnung der Deutschen mit ihrer Geschichte verstanden werden müsste. Mit seinem akteursorientierten Ansatz analysiert der Autor

die Rolle von Politik und Wirtschaft, von Verfolgtenvertretern, Geschichtsaktivisten und Historikern.

Inhalt und Material

Die ersten drei Kapitel sind der Neuthematisierung der Entschädigung seit 1979 im Kontext der Diskussion über „vergessene Opfer“ gewidmet. Kapitel IV und V skizzieren den Verlauf und die Folgen der Diskussion über alle bisher nicht entschädigten NS-Verfolgten in Ostmittel- und Osteuropa seit 1989 – dem Zusammenbruch des Ostblocks als „Wendepunkt“ (S. 192). Die internationalen Verhandlungen seit 1999 sowie die Arbeit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) und deren Wirken thematisieren die Kapitel VI, VII, VIII. Das umfangreiche Quellenmaterial der Studie besteht größtenteils aus Dokumenten aus den Archiven der Stiftung EVZ und des Bundesfinanzministeriums sowie Unterlagen von Organisationen wie der Conference on Jewish Material Claims Against Germany (JCC) und dem Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte (IBNS).

Zu den drei zentralen Untersuchungsfelder, die sich neben den chronologisch systematisierten Kapiteln jeweils nach einem kurzen Einstieg auch in der Gliederung niederschlagen, gehören: Erstens der Entwicklungsprozess der Interessenvertretung der NS-Verfolgten und dessen Reichweite, zweitens Historiker als politische Akteure sowie die Entwicklung der historischen Forschung und drittens entschädigungspolitische

Akteurskonstellationen und Machtverhältnisse. So fragt Borggräfe auch, „ob die Trennung von Wissenschaft und Politik überhaupt möglich ist und wo sie sinnvoll erscheint“ (S. 19) und skizziert politisch motivierte Interventionen von Historiker/innen, die er am Beispiel des Engagements von Ulrich Herbert gegen den Abschluss der Italienischen Militärinternierten (IMI) aus den Entschädigungsansprüchen verdeutlicht.

Aus diesen Ausführungen schlussfolgert der Autor nicht zuletzt die Aufgabe, Zeitgeschichtsforschung sollte nicht nur historisieren, sondern die Untersuchungsgegenstände als wichtige Elemente für die Aushandlungsprozesse einer Art deutscher Identität und Selbstverständnis begreifen und werten.

Zur Arbeit der Stiftung EVZ

Der Autor kritisiert trotz der Förderung seiner Studie durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, die Stiftung vor allem dafür, dass sie „nur die Interessen derjenigen NS-Verfolgten [vertrat], denen nach dem Stiftungsgesetz ein Leistungsanspruch eingeräumt werden konnte.“ (S. 442) Weiterhin wird auch der mangelnden öffentlichen Kritik am Selbstbild der Stiftung als Interessenvertreterin der NS-Verfolgten, in dem die akribische Prüftätigkeit als „Arbeit für die Opfer“ auslegt wurde, Platz eingeräumt. Trotz der von Borggräfe skizzierten Reflexionsfaktoren, die den Einfluss der EVZ auf seine Studie ebenso wie seine Sympathie für eine umfangreiche Entschädigung der Zwangsarbeiter/innen benennen (S. 21),

können die Ausführungen zum Wirken und Selbstverständnis der EVZ als reflexiv und kritisch-solidarisch gelten. Letztlich schreibt Borggräfe der EVZ vor allem eine für die deutsche Debatte befriedende Funktion bzw. Folge zu, da „mit den Auszahlungen der Stiftung EVZ nicht nur eine außen-, sondern auch die innenpolitische Konfliktlösung gelungen war.“ (S. 493) und fast alle Aktivisten „auf lange Sicht entweder in die Stiftung inkorporiert“ (S. 498) wurden oder finanziell für ihre Projekte zugunsten NS-Verfolgter auf den Zukunftsfond der EVZ angewiesen waren.

Ungelöste Probleme

Im Zuge der Debatte um die Anspruchsgruppen, welche in die Entschädigungszahlungen einbezogen werden sollten und mussten, eskalierte zwischen den Schicksalen der Ghettoinsassen, der Justizopfer, der Zivilarbeit oder auch der italienischen Militärinternierten die „Opferkonkurrenz“. Dazu kam, dass die Verhandlungsergebnisse deutliche Abweichungen vom Forschungsstand zeigten. (S. 502) Auch wenn die Deutung um die NS-Vergangenheit – unter anderem nach der Diskursverschiebung zum Verhalten von Deserteurern, mit der kontinuierlichen Finanzierung von NS-Gedenkstätten etc. – gerade auch mit der Entschädigung ihr Konfliktpotential verloren habe (S. 518), gar befriedet erscheint, fielen vor allem Kriegsgefangene und italienische Militärinternierte (zum Hintergrund siehe folgenden Link) nicht in das Entschädigungsraaster. So gesehen kann

Borggräfes durchaus pessimistisch gemeintem Fazit, die Auszahlungen seien – neben der notwendigen Anerkennung vieler Opfer – wohl umso vordergründiger „ein wichtiger Beitrag zu einer Selbstaussöhnung der Deutschen“ (S. 514), zugestimmt werden.

Fazit

Henning Borggräfe hat eine quellenversierte Studie vorgelegt, die nach der Dynamik und den politischen Folgen des Entschädigungsprozesses fragt. Klar strukturiert werden die Wechselwirkungen zwischen Entschädigungspolitik, historischer Forschung und der Repräsentation ehemals Verfolgter untersucht.

Literatur

- Borggräfe, Henning: Zwangsarbeiterentschädigung. Vom Streit um »vergessene Opfer« zur Selbstaussöhnung der Deutschen. Wallstein Verlag, Göttingen 2014, 562 S.
 - Keine Entschädigung für italienische Zwangsarbeiter oder: Warum bekommen italienische Militärinternierte kein Geld aus dem Zwangsarbeit-erfond? www.freie-radios.net/9914
-

Verweigerte Rückkehr. Erfahrungen nach dem Judenmord

Von Anne Lepper

„Ich werde das nicht überleben, ich bin zu alt. Solltet ihr überleben, geht nach Schmalenberg zurück.“ Das sind die letzten Worte des Vaters Max Frankenthal, die er seinen Söhnen Hans und Ernst auf der Rampe in Auschwitz mit auf den Weg gibt. Er hat eine Ahnung von dem, was die Familie hier erwartet.

1938 hatte er infolge der Novemberpogrome einige Wochen im KZ Sachsenhausen verbracht und machte sich seither keine Illusionen mehr über die Grausamkeit der Nationalsozialisten. Max und seine Frau Adele werden in der Tat unmittelbar nach ihrer Ankunft in Birkenau in den Gaskammern getötet, die Söhne bringt man zur Zwangsarbeit in das nahegelegene Lager Auschwitz III/ Monowitz, wo sie das neue Werk der IG Farben aufbauen sollen. Die beiden Jugendlichen – Hans ist zu diesem Zeitpunkt gerade mal 16, Ernst 18 Jahre alt – werden als Schlosser bei der Stahlgerüstmontage 30 Meter über dem Boden eingesetzt. Dort sind sie zwar einigermaßen vor den Misshandlungen der SS und der Vorarbeiter geschützt, jedoch täglich den tödlichen Gefahren durch Höhe und Wetter ausgesetzt.

Auschwitz, Monowitz, Mittelbau-Dora

In seiner Biographie beschreibt Hans

Zurück in Schmallenberg

Frankenthal nicht nur die Zeit im Lager, die er und sein Bruder nur durch ihren Zusammenhalt, die Solidarität anderer Gefangener und gewiss auch durch viel Glück und Zufall überlebten. Halb verhungert, verletzt und entkräftet werden beide im Januar 1945 auf einen der Todesmärsche getrieben, der sie schließlich in das KZ Mittelbau-Dora im Harz führt, in dem sie durch den Bau der „Wunderwaffe V2“ die unaufhaltsame Niederlage der Nationalsozialisten abwenden sollen. Von dort führt sie ein letzter Transportzug nach Theresienstadt, wo sie Anfang Mai 1945 durch alliierte Truppen befreit werden.

Neben den traumatischen Erfahrungen im Lager und auf den Todesmärschen widmet sich Hans Frankenthal in seinem Buch auch der Zeit, die folgte. Die letzten Worte ihres Vaters hatten die Brüder die ganze Zeit über begleitet („Verflucht habe ich viele, viele Jahre lang diesen Satz!“), und so machen sie sich von Theresienstadt aus auf den Weg zurück nach Schmallenberg im Sauerland, wo sie einst von den Bürger/innen der Stadt ihres Eigentums beraubt und von den Behörden nach Osten „umgesiedelt“ worden waren. Dort angekommen müssen Ernst und Hans feststellen, dass von den einst einundfünfzig jüdischen Bürger/innen nur sieben den Krieg überlebten und in den Heimatort zurückkehrten. Alle anderen – nahezu alles Verwandte der Brüder Frankenthal – waren von den Nationalsozialisten ermordet worden.

Im Schmallenberg der Nachkriegszeit versucht Hans Frankenthal, das Vermächtnis seines Vaters einzuhalten und auf allen Ebenen für eine Aufarbeitung des Geschehenen, ein neues Leben und gegen das Verleugnen und Vergessen anzukämpfen. Es ist kein leichter Kampf, denn sowohl die Behörden (die in vielen Fällen mit den selben Personen wie vor 1945 besetzt sind) als auch die Bevölkerung will von Verfolgung und Mord nichts wissen und nichts gewusst haben. Hans Frankenthal gibt nicht auf, fordert die im Zuge der Arisierung geraubten Gegenstände zurück, baut das Viehhandelsunternehmen seines Vaters wieder auf und engagiert sich in zahlreichen Vereinen im Ort. Er hat seit Monowitz mit gesundheitlichen Beschwerden zu kämpfen, sein Bein ist nach zahlreichen Operationen steif geblieben, aber er lässt sich davon nicht abhalten.

Doch die Bemühungen um Aufarbeitung und Entschädigung sind zermürend und frustrierend. „Die Entschädigungen waren eine Katastrophe: Es gab Hunderte von speziellen Regelungen, die Berechnungsgrundlage war immer die für den Staat günstigste, und um jeden Pfennig entbrannte ein riesiger Papierkrieg. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen mit den Wiedergutmachungsämtern habe ich aufgehört, mich aufzuregen, und aufzugeben.“ Ihm wird schließlich eine monatliche Rente von 93,33 DM zugesprochen. Resigniert von diesen Erfahrungen kommt Frankenthal in seiner Rückschau zu dem

Schluss: „So etwas wie eine einigermaßen angemessene Entschädigung[...] hat es in der Bundesrepublik nicht gegeben.“ – ein Armutszeugnis für das Westdeutschland der Nachkriegsjahrzehnte, das sich in vielen Erinnerungen ehemaliger Zwangsarbeiter/innen finden lässt.

Von der Vergangenheit eingeholt

Nicht nur die endlosen Auseinandersetzungen mit den Behörden der jungen Bundesrepublik, auch die alltäglichen Erfahrungen der Verdrängung und Verleugnung innerhalb der Gesellschaft und die personellen Kontinuitäten in allen möglichen Positionen machen Hans Frankenthal schwer zu schaffen. Zusätzlich dazu kämpft er mit den seelischen und körperlichen Folgen seiner Gefangenschaft. Seine Ehe zerbricht, zu den Kindern kann er keine warme Beziehung aufbauen. Hans Frankenthal rechnet in seiner Biographie nicht nur mit den anderen ab, sein kritischer Blick macht auch nicht vor sich selbst Halt. Eingebettet in das Wissen um die Situation, zeichnet er dadurch ein selbstreflektiertes und feinfühliges Bild von der psychischen Verfasstheit vieler Holocaust-Überlebender in jenen Jahren, in denen es auch für sie darum ging zu vergessen und weiterzumachen.

Schmallenberg den Rücken

In den 1980er Jahren sind die vielen Widerstände und Rückschläge für den angeschlagenen Frankenthal nur noch schwer auszuhalten. Er zieht sich nach und nach aus Schmallenberg zurück und zieht schließlich nach Dortmund,

wo er sich schon seit langem in der jüdischen Gemeinde engagiert. Seinen Hauptwohnsitz behält er jedoch in Schmallenberg, nicht nur wegen den Worten seines Vaters. Gefragt warum, antwortet er: „Ich möchte nicht am Ortseingang von Schmallenberg ein großes Plakat sehen. – Was für ein Plakat? – ‚Schmallenberg ist judenrein!‘ Solange ich lebe, werde ich euch diesen Gefallen nicht tun.“ Frankenthal lebt und kämpft bis 1999. Wenige Monate vor seinem Tod erscheint seine Biographie. In ihr liest man den unbändigen Willen des Autors, das Gedenken an die Toten wachzuhalten, aber auch das Anliegen, die Täter zu benennen und darauf hinzuweisen, dass jede/r Deutsche sehr wohl etwas gewusst hat. Für dieses Ziel reist Hans Frankenthal in den letzten Jahren seines Lebens durch die Bundesrepublik, um Jugendlichen von seinen Erfahrungen zu erzählen, jüdische Friedhöfe zu pflegen und sich im Auschwitz-Komitee zu engagieren. Als die internationalen Auseinandersetzungen um die Zwangsarbeits-Entschädigungen Ende der 1990er Jahre auf ihren Höhepunkt zusteuern, mischt er sich öffentlich in die Debatten ein und vertritt unermüdlich die Forderungen der Überlebenden. Mitten in dieser aufwühlenden Zeit stirbt Hans Frankenthal unerwartet. Mit seinem Tod verliert Schmallenberg seinen letzten jüdischen Bürger und Deutschland einen Mann, der das Wissen und die Kraft hatte zu sagen, was wirklich gewesen ist.

Literatur

Frankenthal, Hans: Verweigerter Rückkehr. Erfahrungen nach dem Judenmord. Metropol Verlag, Berlin 2012. 220 S.

Die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig

Dass Leipzig während des Zweiten Weltkrieges eines der Zentren der NS-Zwangsarbeit war, ist heute kaum im kollektiven Gedächtnis der Bundesrepublik verankert. Dabei waren es 1944 etwa 100.000 Menschen – das entsprach zu diesem Zeitpunkt einem Achtel der Leipziger Gesamtbevölkerung – die zur Zwangsarbeit im Stadtgebiet gezwungen wurden. Diese kamen aus allen Teilen des von den Nationalsozialisten besetzten Europas und wurden vor allem in der Rüstungsindustrie, aber auch in Handwerksbetrieben, in der Landwirtschaft, im Braunkohlebergbau oder in kommunalen Betrieben eingesetzt. Dort arbeiteten sie oft mehr als 10 Stunden am Tag, an sechs Tagen in der Woche.

Bei vielen der Arbeiter/innen handelte es sich um sogenannte Zivilarbeiter/innen, die aus den deutsch-besetzten Gebieten in West- und Osteuropa für die Arbeit im Deutschen Reich zwangsrekrutiert worden waren. Daneben zwangen die deutschen Behörden jedoch auch zahlreiche Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge zur Arbeit in Leipziger Betrieben. Zu diesem Zwecke wurden zumeist in unmittelbarer Nähe zu den Einsatzstellen Außenlager der Konzentrationslager Buchenwald und Ravensbrück eingerichtet, in denen die Gefangenen unter katastrophalen Zuständen leben mussten.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zivilarbeiter/innen unterschieden sich in den ersten Kriegsjahren zwar deutlich von jenen der KZ-Gefangenen, wobei auch hier

durch rassistisch geprägte Zuschreibungsmuster stark zwischen Arbeiter/innen aus Ost- und Westeuropa unterschieden wurde. Während Arbeiter/innen aus westeuropäischen Ländern zumindest in den ersten Kriegsjahren oft noch die Möglichkeiten hatten, in unbewachten Unterkünften zu leben und sich in ihrer – sehr geringen – Freizeit frei in der Stadt zu bewegen, wurden derartige Privilegien den Zivilarbeiter/innen aus Polen und der Sowjetunion, den Kriegsgefangenen und den KZ-Häftlingen vorenthalten. Viele der Arbeiter/innen starben während ihres Einsatzes aufgrund von Hunger und miserablen Hygiene- und Arbeitsbedingungen.

Die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig

Die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig bemüht sich seit 2001 um die Aufarbeitung der Geschichte der Zwangsarbeit im Leipziger Raum. Im Zentrum steht dabei nicht nur die Erforschung der historischen Abläufe und Umstände, sondern auch die Information der Bevölkerung, die Erarbeitung eines umfangreichen Bildungsangebotes und das Gedenken an die zahlreichen Opfer der NS-Zwangsarbeit in Leipzig und anderen Orten. Die Gedenkstätte befindet sich auf dem Gelände des ehemaligen Rüstungsbetriebes HASAG (Hugo-Schneider-Aktiengesellschaft), die während des Zweiten Weltkriegs in Leipzig mehr als 16.000 Zwangsarbeiter/innen zur Herstellung von Munition und Panzerfäusten beschäftigte. Die HASAG

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Lernort

wurde ab 1934 innerhalb weniger Jahre zu einem NS-Musterbetrieb aufgebaut, dessen Geschäftsführung und Vorstand stets in enger Beziehung zur NSDAP stand. Ziel der Gedenkstätte ist es, sowohl die Rolle der HASAG als auch die Verwicklung anderer Leipziger Betriebe in die NS-Zwangsarbeit zu erforschen und öffentlich zu machen. Dadurch soll nicht nur das Thema selbst im regionalen Geschichtsbewusstsein verankert werden, sondern auch das Gedenken an die Opfer einen Platz im kulturellen Gedächtnis finden. Daneben geben die Mitarbeiter/innen der Gedenkstätte Auskunft über ehemalige Gefangene und helfen Angehörigen und Wissenschaftler/innen dabei, die Geschichte der verschiedenen Orte und Menschen zu erforschen. Die Gedenkstätte versucht so sichtbar zu machen, was lange Zeit verdrängt und vergessen wurde. Sie dient als Anlaufpunkt für ehemalige Zwangsarbeiter/innen und ihre Angehörigen, als Lernort und als Dokumentationszentrum. Durch die enge Zusammenarbeit mit den Betroffenen sind über die Jahre zahlreiche historische Dokumente und Objekte zusammengekommen, die in der Gedenkstätte in einer kleinen Dauerausstellung gezeigt werden. Die Ausstellung gibt einen Überblick über NS-Zwangsarbeit im Allgemeinen, als auch über die Täterstrukturen vor Ort. Im Zentrum stehen außerdem die lebensgeschichtlichen Erzählungen überlebender Opfer von Zwangsarbeit. Zusätzlich zu der Dauerausstellung informiert die Gedenkstätte mit Veranstaltungen, Führungen und Stadtteilrundgängen über NS-Zwangsarbeit

in Leipzig.

Auf Anfrage können verschiedene gedenkstättenpädagogische Angebote gebucht werden. Außerdem beantwortet die Institution gerne individuelle Anfragen nach ehemaligen Zwangsarbeiter/innen.

Weitere Informationen und das aktuelle Veranstaltungsprogramm finden sich auf der [Website der Gedenkstätte](#).

Kontakt

Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig

Permoserstraße 15

04318 Leipzig

Telefon: 0341 – 2352075

gedenkstaette@zwangsarbeit-in-leipzig.de

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Donnerstag: 10 bis 18 Uhr

Das (kirchliche) Zwangsarbeiterlager an der Berliner Hermannstraße

Geschichtlicher Abriss

Von 1942-1945 betrieb die Berliner Evangelische Kirche auf dem Friedhof an der im Stadtteil Neukölln gelegenen Hermannstraße 84-90 das so genannte „Friedhofslager“. Hier pferchte die Kirche über einhundert, meist aus der Ukraine stammende so genannte Ostarbeiter, ausschließlich Männer und männliche Jugendliche, zusammen und zwang sie zum Einsatz auf verschiedenen Friedhöfen in ganz Berlin. Einige der Zwangsarbeiter wurden wahrscheinlich auch in Pfarrhaushalten eingesetzt. Es dauerte viele Jahrzehnte bis die Evangelische Kirche in Deutschland im Jahr 2000 im Zuge der einsetzenden Debatte zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeiter/innen mit der Beschäftigung und öffentlichen Thematisierung ihrer eigenen Verstrickung in das NS- Zwangsarbeitssystem begann. Laut der in diesem Zusammenhang getätigten Recherchen, war es das einzige Lager, das von der Kirche geplant, finanziert und betrieben wurde.

Der Erinnerungsort

Im Jahr 2002 ließ die Evangelische Kirche einen ersten Hinweis auf das Lager – einen Findlingsstein mit Inschriften und einer Drehsäule mit acht Informationstafeln – errichten. Seit dem 24. April 2010, dem 65. Jahrestag der Befreiung des Friedhofslagers durch die Rote Armee, informiert ein Ausstellungspavillon an die kirchlichen

Verstrickungen und Profite mit und aus dem NS-System im Allgemeinen, das Zwangslager im Speziellen sowie – durchaus Prestige-bedacht – an die Anerkennung und Entschädigung durch die Kirche. Die Ausstellung beleuchtet mit der näheren biografischen Betrachtung der Lebens- und Leidenswege von zehn ehemaligen kirchlichen Zwangsarbeitern jedoch vor allem den Alltag im Lager selbst. Der Ausstellungspavillon bleibt im Winter geschlossen, womit die Tonbandinterviews sowie Filme nicht zugänglich sind. Jedoch sind die 14 Ausstellungstafeln auch online abrufbar. Unterhalten wird der Informations- und Bildungsort von der AG NS-Zwangsarbeit, in der sich die 42 am Zwangslager beteiligten und von diesem profitierenden Berliner Kirchengemeinden zusammengeschlossen haben. Die AG richtete auch eine kleine Präsenzbibliothek zum Thema ein. Auch Referent/innen können über die AG NS-Zwangsarbeit angefragt werden.

Zusätzlich geplant ist, am vor kurzem freigelegten historischen Ort der Lagerbaracken auf der dem Ausstellungspavillon gegenüberliegenden Straßenseite in den kommenden Jahren eine Gedenkstätte einzurichten.

Kontakt

AG NS-Zwangsarbeit

c/o Evangelisches Landeskirchliches Archiv Berlin,

Bethaniendamm 29, 10997 Berlin

Tel.: 030/22504513

Web: www.ev-kirchenkreis-neukoelln.de

Mail: gerlind.lachenicht@landeskirchenarchiv-berlin.de

Unser nächstes Magazin erscheint am 17.12.2014 und trägt den Titel „Bytes und Bits in der Geschichtsdidaktik“.

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.
Dieffenbachstr.76
10967 Berlin
<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>
<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel
Webredaktion: Ingolf Seidel, Anne Lepper, David Zolldan

Die vorliegende Ausgabe unseres Magazins wird durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ gefördert. Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.